

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Schon wieder bzw. immer noch: Skandalbilder aus Mega-Sauenstall
- Heftige Comedy-Angriffe auf Agrarindustrie
- Schlachtbranche – Missstände bei Menschen und bei Tieren
- Neues aus der Agrarindustrie-Szene
- Weizen-, Mais- und Reiszucht, gegen Patente und Monsanto
- Mechanische Unkrautbekämpfung und guter Ackerbau
- Klärschlammverwertung
- Kommentar zur Raiffeisen-Präsidenten-Bestimmung „Kein großer Wurf“
- Farmer-Ärger wegen Trump-Kürzungen
- Stadtleben – Landleben – Dorfleben
- Veranstaltung zur Arten-Erosion

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 8.6.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

AbL fragt nach Rolle der Böseler „Goldschmaus“ bzw. „Qualitätsfleisch GmbH“ angesichts der vom Deutschen Tierschutzbüro gezeigten Zustände in Zevener Mega-Sauenhaltungsanlage

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Videoaufnahmen des Deutschen Tierschutzbüro e.V. mit „massiven Gesetzesverstößen“ und einer Aktion vor der Mega-Sauenhaltung der Schweinezucht Hollenhof (Brüttendorf bei Zeven) fragt der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) auch nach der Rolle bzw. Einflussnahme-Möglichkeit der Böseler Qualitätsfleisch GmbH, der fast alle „Hollenhof“-Gesellschafter als Mitgesellschafter angeschlossen seien und die an das Fleisch-Unternehmen „Goldschmaus“ (Bösel) liefere. An der „Böseler Qualitätsfleisch GmbH“ seien neben vielen Schweinehaltern auch große Futtermittel-Firmen wie „GS agri“ oder „F+W“ beteiligt, die zum Teil wiederum selber bei Groß-Sauenanlagen engagiert seien.

Die AbL erinnerte an frühere Äußerungen des „Goldschmaus“-Vertreters Dr. Otto in der Fachzeitschrift top agrar, wonach die Goldschmaus-Gruppe zu den Initiatoren der „Initiative Tierwohl“ gehöre und wonach bei der im Rahmen des „Qualitätsfleisch-Programms“ ein bestandsbetreuender Tierarzt die Tierbestände alle vier Monate begutachte. Sollte darunter auch der Brüttendorfer Betrieb gewesen sein, hätte nach Ansicht der AbL doch auffallen müssen, wenn die Tierbetreuung mangelhaft sei, Ferkel am Boden totgeschlagen würden oder wenn zu breite Kotschlitze zum Hineinfallen von Ferkeln führten. - 1.554 Zeichen – 8.6.2017

Links:

<https://www.tierschutzbuero.de/geborenumzusterben>

<https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Versteckte-Kameras-Tierschutzbuero-stellt-Strafanzeige-gegen-Ferkelerzeuger-8311241.html>

<https://www.topagrar.com/archiv/das-Aktuelle-Interview-Boeseler-Goldschmaus-zahlt-Tierwohlbonus-2105543.html>

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Markt-News-GS-agri-steigt-bei-Boeseler-Goldschmaus-ein-448081.html>

<http://www.goldschmaus.de/unternehmen/nachhaltigkeit/>

<http://www.stern.de/tv/schockbilder-aus-einem-betrieb-in-niedersachsen-offenbaren-furchbare-zustaende-in-der-ferkel-aufzucht-7482930.html>

Heftige Comedy-Angriffe gegen Agrarindustrie

Die nachfolgenden Links führen zu einem ziemlich heftigen Song über „schweinische Agrarindustrielle“:

<https://www.zdf.de/comedy/mann-sieber/mann-sieber-clip-5-110.html>

und zu einer Kurz-Sendung mit sehr plakativ-vereinfachten, auch überspitzt-unrealen Thesen zur

Landwirtschaft:

<https://www.zdf.de/comedy/mann-sieber/mann-sieber-clip-4-110.html>

Anlass genug, als neuer „Aufreger“ zu dienen oder als Anlass zu einer inhaltlichen Debatte über die geäußerten Ansichten....

„Fleisch um jeden Preis“

- wirklich lesenswert – der Artikel im aktuellen STERN zu Fleisch und Tierhaltung

Hannoversche Allgemeine Zeitung – 3.6.2017

Kommentar Karl Doeleke: „Es wurde Zeit“

Wohl nur in der Prostitution geht es noch gemeiner und unmenschlicher zu als in manchen Betrieben der Fleischwirtschaft. Die Arbeitskraft ist dort so gut wie nichts wert, denn billiger Nachschub ist jederzeit aus Osteuropa zu haben. Organisierte Banden regeln das Geschäft und bleiben dabei weitgehend unbehelligt vom Staat. Der Bundestag hat mit der Öffnung der Werkverträge als Billiglohninstrument vor Jahren ermöglicht, dass das reiche Deutschland sich auf dem Rücken der Ärmsten aus Osteuropa einen Billiglohnsektor aufgebaut hat. ...

Die Schlachtkonzerne können sich hinter einer kaum zu durchschauenden Kette aus Verträgen mit Subunternehmern verschanzen... Der Bundestag hat nun die Verhältnisse wieder etwas geradegerückt. In Zukunft haften die Schlachthofbetreiber wieder dafür, dass den Arbeitern der volle Mindestlohn gezahlt wird. Sie sind dafür zuständig, dass Arbeitszeiten korrekt erfasst werden, die Menschen im Krankheitsfall weiter ihren Lohn bekommen. Seltsam, dass es dafür ein Gesetz braucht.“

HAZ, 3.6.2017 – Elmar Stephan:

Missstände in Schlachthöfen sollen ein Ende haben

Ein neues Gesetz will Werkverträge und damit die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in der Fleischwirtschaft eindämmen: Die Firmen sollen künftig für ihre Subunternehmen haften.

... Kernpunkt der Neuregelung: Künftig können Schlachtunternehmen für Verfehlungen ihrer Subunternehmer in Regress genommen werden. Arbeitszeiten müssen genau dokumentiert werden. Vom Lohn darf nichts mehr ohne besonderen Grund abgezogen werden - andernfalls sind Geldbußen von bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Maßgeblich vorangetrieben hat das Gesetz - in aller Stille - ein christlich geprägter CDU-Sozialpolitiker aus dem Bundestag: Karl Schiewerling, der in seinem westfälischen Wahlkreis immer wieder Probleme von Beschäftigten in der Fleischwirtschaft zugetragen bekommen hat.

Die Werkarbeiter sind nicht beim Schlachthof angestellt, sondern bei einem Subunternehmer, der die Arbeitskräfte oftmals in deren Heimat anwirbt und ihnen in Deutschland auch ihre Unterkunft besorgt.

Der Chef der Staatsanwaltschaft Osnabrück, Bernhard Südbeck, schildert in einer Stellungnahme für den Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales drastische Verhältnisse: Auf dem Papier arbeiten Beschäftigte demnach acht Stunden täglich für 1200 Euro im Monat.

Tatsächlich schufteten Mitarbeiter jedoch oftmals etwa 15 Stunden am Tag und müssten so viele Abzüge hinnehmen, dass ihnen am Ende unter Umständen noch 600 Euro zuzüglich Kindergeld bleibe, erklärt Südbeck. „Insgesamt ist das System der Werkverträge in der Fleischwirtschaft nach meinen Erfahrungen auf maximale Ausbeutung der Arbeitskräfte angelegt.“

... „Es hat sich schon etwas gebessert, aber es ist noch nicht ideal“, sagt Daniela Reim, die in der Beratungsstelle „Arbeit und Leben“ in Oldenburg osteuropäische Arbeitskräfte in Westniedersachsen berät. Viele Subunternehmer seien einsichtig, aber es gebe eben noch schwarze Schafe.

Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD): ... Das Ziel müsse aber sein, dass Werkverträge die Ausnahme seien. Mindestens 80 Prozent der Beschäftigten müssten direkt im Unternehmen beschäftigt sein, forderte Lies.

Unserer Meinung nach ziemlich daneben:

Schlachten trächtiger Rinder: Ein Kommentar

von Markus Pahlke, dlzprimus Rind, am Dienstag, 06.06.2017 - 13:06 Uhr

Markus Pahlke ist Redakteur bei dlzprimus Rind und ist der Meinung, dass es immer trächtige Rinder geben wird, die zum Schlachter gehen. Hier ist sein Kommentar.

Liebe Leserinnen & Leser,

Markus Pahlke ist Redakteur bei dlzprimus Rind und meint: "Es werden immer trächtige Tiere zum Schlachter gehen"

möglicherweise gibt es Fässer, die man besser nicht aufmacht. Weil sie, wie die Büchse der Pandora, nur Übles entlassen. Man muss sich aber auch fragen lassen, ob bestimmte Sachverhalte deshalb nicht angesprochen werden, weil man dafür nur Prügel beziehen kann. Ein solches Thema ist die [Schlachtung von trächtigen Tieren](#). Hier sind die Wogen in den letzten Monaten so hochgekocht, dass kaum noch einer Stellung beziehen will. Und wenn doch, dann werden nur die möglichen Konsequenzen genannt, die Landwirten drohen sollen, wenn sie entsprechende Tiere abliefern.

Schlachten trächtiger Tiere auf ein Minimum bringen

Dabei wird die Diskussion so geführt, als sei es per se ein Verbrechen, [trächtige Tiere zu schlachten](#). Das wiederum zeigt, wie sich die Wahrnehmung in den letzten Jahren verändert hat. Und das ist das eigentlich Bedenkliche. Man wird diesem Konflikt nicht dadurch ausweichen können, dass man das Fass nicht aufgemacht. Denn damit ist der eigentliche Sachverhalt, nämlich dass es immer wieder trächtige Schlachtkühe geben wird, noch nicht aus der Welt geschafft.

Das Fass aufmachen bedeutet aufzuzeigen, inwieweit das Schlachten trächtiger Tiere in den Betrieben auf ein Minimum vermindert werden kann. Und hier gibt es mittlerweile einige Möglichkeiten, mit denen Landwirte es verhindern können, trächtige Tiere zum Schlachter zu geben. Aber dies gilt eben nicht für alle trächtigen Tiere, wobei deutlich gesagt werden muss, dass tatsächlich gerade einmal 0,8 Prozent aller Schlachtrinder im letzten Drittel der Trächtigkeit auf die Schlachtbank kommen. Und dass es in früheren Zeiten und heute noch in anderen Ländern durchaus mehr waren und sind.

Nutztiere dienen einem Zweck

Der Berufsstand und seine Vertreter müssen offensiv klarmachen, dass Nutztiere nun einmal einem Zweck dienen, sei es – im Fall von Rindern – Milch zu geben oder eben geschlachtet zu werden, um Fleisch zu liefern. **Und es ist auch keinesfalls verwerflich, beispielsweise den Schlachtwert einer Milchkuh durch aufzuleben zu verbessern, auch wenn das Tier hierdurch in seiner Trächtigkeit fortschreitet.** Dass es nicht einfach ist, eine solche Diskussion zu führen, sei unbestritten, doch ebenso unbestritten ist, dass wir sie führen müssen.

https://www.agrarheute.com/analysen-kommentare/schlachten-traechtiger-rinder-kommentar?utm_source=agrarheute&utm_medium=Newsletter&utm_campaign=ah-newsalarm&utm_content=2017-06-06

„Missstände in 20 Schlachthöfen.

Jedes vierte Schwein in Bayern nicht richtig betäubt. Staatsanwalt ermittelt in Fürstenfeldbruck.“ AGRARZEITUNG – 26.5.2017

Direktinvest statt Export

Über direkte Investitionen europäischer Schlachtunternehmen in Russland anstelle von Export berichtet am 6.6.2017 die Agrarzeitung: Tönnies baut nahe der ukrainischen Grenze in Begorod einen Schlachthof für 730.000 Schweine pro Jahr. Der dänische Schlachtkonzern Idavang expandierte bisher schon in Litauen und Russland und plant nun bei St. Petersburg ein weiteres Werk.

Straathof - weitere Agrarfabrik?

Der Schweine-Agrarindustrielle Adriaan Straathof (mit Berufsverbot in Deutschland) hat für seinen niederländischen Betrieb Sebava BV in Marienheem eine vorläufige Genehmigung der Gemeinde Raalte bekommen, den Bestand auf 3.000 Sauen, 7.300 Ferkel und 1.250 Mastschweine aufzustocken. Straathof hatte den leerstehenden Betrieb laut Infodienst Boerderij im Jahre 2015 gekauft.

Brasilianischer Fleisch-Multi büßt für Korruption

Die AGRARZEITUNG meldet am 8.6.2017, dass der Fleischriese JBS wegen der Verwicklungen in den brasilianischen Fleischskandal eine Milliarden-Strafe kassierthat: "Nun stehen Verkäufe an, um Schulden abzubauen. Der brasilianische Fleischkonzern JBS stößt sein Rindfleischgeschäft in Argentinien, Paraguay und Uruguay ab. ... Das Unternehmen der Batista-Familie steckt tief im brasilianischen Korruptionssumpf: Erst vor wenigen Tagen ist eine Milliarden-Strafe gegen den Konzern verhängt worden.

AGRARZEITUNG – 7.6.2017 – has – zum Saatguthandelstag in Magdeburg:

Weizenzüchter betreten exotisches Neuland

Das geänderte Düngegesetz ist seit März beschlossene Sache. Die Umsetzung der Nitratrichtlinie stellt die Pflanzenzüchter vor neue Herausforderungen.

Nicht nur Landwirte sind betroffen, wenn sukzessive weniger Pflanzenschutzmittel zugelassen werden oder das geänderte Düngegesetz eine verminderte N-Düngung vorschreibt. Auch Pflanzenzüchter sind durch diese neuen Rahmenbedingungen herausgefordert. Denn die reduzierte N-Düngung soll zwar Umwelt und Gewässer schonen, doch dort, wo der Pflanze Dünger fehlt, liefert diese auch weniger Ertrag oder niedrigere Proteingehalte. Weniger Stickstoff für Winterweizen werde sich auf dessen Ertrag und Qualität auswirken, sagte Dr. Johannes Schacht, Weizenzüchter bei Limagrain, Darüber hinaus müsse eine optimale Balance zwischen Kornertrag und Rohprotein erst neu gefunden werden. Somit seien diese neuen Rahmenbedingungen für Pflanzenzüchter eine Herausforderung.

... Zum einen braucht man nun Pflanzen, die trotz eines geringen Stickstoffangebots eine gute Aufnahmefähigkeit besitzen. Zum anderen muss die Weizenpflanze dies auch gut verwerten. Die Wurzelleistung der jeweiligen Züchtungen rückt deswegen zunehmend in den Fokus der Wissenschaftler, Landwirte und Experten. ... Potenzial vermutet Johannes Schacht daher auch in der Hybridzüchtung von Weizen, denn Hybride saugen Nährstoffe deutlich effizienter auf.

Ganz anders sieht es seiner Meinung nach aus, wenn Restriktionen im Pflanzenschutz verhängt würden. Dies würde der Züchtung wieder neue Möglichkeiten eröffnen, wie auf dem Saatguthandelstag zu hören war. ... „Variation im Zuchtmaterial ist vorhanden“, so Schacht. Dieses habe sich allerdings aufgrund niedrigerer Ertragsleistung resistenter Sorten bisher in der Praxis nicht durchsetzen können. Lediglich gegen Virose und Insekten sind Züchter noch nicht gut gerüstet. ...

14 Meter hohe Maispflanzen

DIE ZEIT berichtet am 24.5.2017 über den US-Forscher Jason Karl, der im Gewächshaus Maispflanzen auf maximale Höhe züchtet. Er hat schon Maispflanzen mit 14 Meter Höhe – durch Ausnutzung der Licht-Wellenlänge, Schutz vor Wind und hoher Temperatur in den Morgenstunden. Das Ziel von Karl ist nicht die landwirtschaftliche Verwertbarkeit, sondern das Lernen über unbekannte Eigenschaften der Maispflanze: „Ich gehe an ein extremes Ende, und ich weiß nicht, was sich dort zeigen wird, wenn ich ankomme.“

WELT – 29.5.2017 - Von Stefan Parsch

Was der Reisanbau über die Geschichte verrät

...Nun haben chinesische Wissenschaftler eine Studie veröffentlicht, nach der die Pflanze bereits vor mindestens 9400 Jahren in China gezüchtet worden ist.

Für das Team um Lu fügt sich dieser Befund gut in die Entdeckungen an anderen Orten auf der Welt ein: Demnach begann die Domestizierung von Getreide im Nahen Osten vor über 10.000 Jahren, der Anbau von Mais in Mexiko etwas später. Es sei kein Zufall, dass dies alles nach dem Ende des letzten Eiszeitalters begonnen habe, betonen die Forscher: „Die klimatische Besserung während dieses Übergangszeitraums bietet sich somit als entscheidender Faktor für den Prozess der Reisdomestizierung an.“

Gemeinsame Pressemitteilung des Bündnis "Keine Patente auf Saatgut!"

Auf zur letzten Runde Freibier!

Europäisches Patentamt vor Entscheidung über Patente auf Pflanzen und Tiere

7. Juni 2017 Mit einem Gespann von sechs Brauereipferden und einem Fass alkoholfreiem Ökobier fährt heute das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut!“ beim Europäischen Patentamt (EPA) in München vor. Die Teilnehmer überbringen einen Einspruch gegen ein Patent der Firmen Carlsberg & Heineken, das 2016 erteilt wurde (EP 2575433). Die Brauereikonzerne beanspruchen Braugerste und Bier als ihre Erfindung. Am Einspruch beteiligen sich rund 40 Organisationen.

Die beanspruchten Gerstenpflanzen sollen den Brauprozess vereinfachen. Die Pflanzen sind nicht gentechnisch verändert, sondern stammen aus konventioneller Züchtung. Zuvor hatten die Brauereikonzerne bereits zwei Patente auf Gerstenpflanzen erhalten, in deren Körnern – aufgrund von zufälligen Mutationen – Geschmacksstoffe fehlen, die den Geschmack von Bier beeinträchtigen können. Laut dem dritten Patent werden die beiden Gerstensorten so miteinander gekreuzt, dass deren Nachkommen eine Kombination der erwünschten Eigenschaften aufweisen.

Das Patent umfasst die Gerste, den Vorgang des Bierbrauens und das mit dieser Gerste hergestellte Bier.

„Dieses Patent ist ganz offensichtlich absurd: Zufallsmutationen sind doch keine Erfindung“, sagt Lara Dovifat von Campact. „Niemand darf sich unsere Ernährungspflanzen über Patente aneignen, egal ob es um Braugerste, Reis oder Weizen geht.“

„Patente wie die auf Braugerste können auch in Zukunft erteilt werden. Zwar wollen sich - nach mehr als zehn Jahren des Protests der Zivilgesellschaft - die 38 Vertragsstaaten Ende Juni bei einer Sitzung des Verwaltungsrats des Europäischen Patentamts in Den Haag treffen, um die bestehenden Verbote im Patentrecht zu stärken. Pflanzen und Tiere, deren Züchtung ausschließlich auf Kreuzung und Selektion beruht, dürfen in Zukunft nicht mehr patentiert werden. Doch der Entwurf erlaubt weitreichende Ausnahmen: Weisen die Pflanzen oder Tiere beispielsweise zufällige Mutationen auf, sind sie weiterhin patentierbar. Das gilt auch für die Braugerste. Der geplante Beschluss steht im Widerspruch zu einer Stellungnahme der EU-Kommission von November 2016, nach der nur gentechnische Verfahren patentiert werden dürfen, bei denen gezielt auf der Ebene des Erbguts von Pflanzen und Tieren eingegriffen wird. Auch das Europäische Parlament hatte gefordert, Patente auf konventionelle Züchtung ausnahmslos zu verbieten.“

„Patente auf konventionell gezüchtetes Saatgut gefährden die globale Ernährungssicherung. Die großen Konzerne orientieren sich an ihrer Gewinnmaximierung und betreiben keineswegs Züchtung für das globale Allgemeinwohl“, so Fabian Molina von der Entwicklungshilfe-Organisation Swissaid. „Die Arbeit traditioneller Züchter darf nicht durch Patente behindert werden, damit wir auch in Zukunft regional angepasste Sorten haben.“

Die Einspruch einlegenden Organisationen fordern, dass die konventionelle Zucht von Pflanzen und Tieren vollständig von der Patentierung ausgenommen wird.

„Wir geben heute möglicherweise die letzte Runde Freibier am Europäischen Patentamt aus. Das Amt hat seit seinem Bestehen immer nur den Interessen der Industrie und der Patentanwälte gedient“, sagt Georg Janßen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Wir fordern, dass jetzt die Patentverbote endlich wirksam werden, die für Verbraucher, Landwirte und Züchter von größter Wichtigkeit sind.“

Am Einspruch beteiligt sind u. a. die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (AGU), Arche Noah Österreich, Bioland, ARGE Schöpfungsverantwortung Österreich, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Bündnis gentechnikfreie Landwirtschaft, der BUND Naturschutz Bayern (BN), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN), Campact, Copenhagen Food co-operative Dänemark, Die Freien Bäcker, Evangelischer Dienst auf dem Land in der EKD (EDL), Erzeugergemeinschaft für ökologische Braurohstoffe (EZÖB), Erzeugergemeinschaft Bördeland und Diemetal, FIAN, GAIA Portugal, Gää e. V. – Vereinigung ökologischer Landbau, Gen-ethisches Netzwerk (GeN), HORIZONT3000 Österreich, IG Milch Österreich, IG Nachbau, Katholische Landvolkbewegung (KLB), Kein Patent auf Leben!, No Patents on Seeds!, NOAH – Friends of the Earth Denmark, Plataformatransgenicosfora Portugal, Pro Regenwald, ProSpecie Rara Schweiz, Sambucus,

Save Our Seeds!, Slow Food Deutschland, Swissaid, Umweltinstitut München, Verband Katholisches Landvolk (VKL), Welthaus Diözese Graz-Seckau, Österreich, WeMove.EU, ZivilcourageRosenheim und Miesbach sowie und die Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

--

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Bahnhofstraße 31
59065 Hamm
Tel.: 02381-9053172
Fax.: 02381-492221
www.abl-ev.de
www.abl-ev.de/themen/mensch-macht-milch

Monsanto- Beeinflussung der Glyphosat-Einschätzung:

- Der US-Prozess gegen den Glyphosat-Hersteller Monsanto wird international mit großem Interesse verfolgt: Im Verfahren werden brisante firmeninterne E-Mails publik.
- Möglicherweise zeigen die Dokumente, wie der Konzern die wissenschaftliche Einschätzung des Unkrautvernichtungsmittels beeinflusste.
- Monsanto erklärt, die E-Mails seien aus dem Zusammenhang gerissen, um ein falsches Bild zu zeichnen.

Von Silvia Liebrich

Link zu Artikel der Süddeutschen Zeitung über Monsanto:

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/umstrittene-chemikalie-wie-monsanto-hinter-den-kulissen-agiert-1.3445002>

Unabhängige Bauernstimme – 31.5.2017 – cs

Mechanische Unkrautbekämpfung für guten Ackerbau

Petrus ist kein Hacker. Sonst hätte er ein Einsehen gehabt und an jenem Tag Ende April nicht so unbarmherzig seine Schleusen geöffnet, als die Landwirtschaftskammer Niedersachsen – speziell ihr Fachgebiet ökologischer Landbau – zum Hacktag auf die Biohöfe Oldendorf GbR in der Lüneburger Heide geladen hatte. Einer der beiden Betriebsleiter, Reiner Bohnhorst, ist im Gegensatz zu Petrus ein leidenschaftlicher Hacker. Er hat inzwischen alle Früchte des 385-ha-Bioland-Ackerbaubetriebs zu Hackfrüchten erklärt. Neben dem einen Klassiker, der Kartoffel, erlebt dort gerade der zweite, die Zuckerrübe, aufgrund einer aktuellen Nordzucker-Nachfrage nach Biorüben sein Comeback. Ackerbohnen und Erbsen gehören seit dem Beginn der Biogeschichte des Betriebs vor 21 Jahren zur

Fruchtfolge, gehackt viele Jahre nah an der Frucht mit einem betagten Massey Ferguson 35 und einer einfachen, alten 3-m-Hacke. Soja, Mais und seit dem letzten Jahr Quinoa sind die exotischen Neuentdeckungen der letzten Jahre, die schließlich auch zur technischen Aufrüstung der Hacktechnik führten. Und nun auch noch das Getreide – Weizen, Dinkel, Einkorn, Gerste, Roggen und Triticale – mit neu gekaufter, allerdings 15 Jahre alter 6-m-Drilltechnik auf 25 cm Reihenabstand gesät. Hier kommen jetzt Hacken von Treffler und Schmotzer zum Einsatz.

Auf den Biohöfen geht es maßgeblich um eine ganz bestimmte Problemstellung, nämlich die Bekämpfung des Drahtwurms, welcher erhebliche Fraßschäden in der ökonomisch wichtigsten Frucht, der Kartoffel, macht. Bohnhorst erhofft sich davon, nun auch das Getreide zu hacken, noch mehr mechanischen Stress für den aus dem Wurm erwachsenden Schnellkäfer und dessen Eigelege. Für viele der über 80 Besucher des Hacktages bei ihm auf dem Hof ging es um sehr unterschiedliche Aspekte auch ganz je nach eigener Betriebsorganisation.

Nur noch Hackfrüchte

Getreide zu hacken stoße auf zunehmendes Interesse, bestätigte Markus Mücke, Hauptorganisator des Tages und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen für ökologischen Landbau. Und das gelte nicht nur für Ökobetriebe oder Umstellungsinteressierte. Resistenzen, Ackerfuchsschwanzprobleme, Wasserschutzfragen, Stickstoffmobilisierung, Krustenbrechung – immer mehr Bauern und Bäuerinnen konventioneller Betriebe machten sich Gedanken darüber, wie den ackerbaulichen Schwierigkeiten zu begegnen sei.

Ein Drittel der Besucher des Hacktages kamen von konventionellen Höfen, schätzt Mücke. Sie bekamen – wenn auch nur in der Theorie und nicht in der praktischen Feldvorführung – viel innovative Technik zu sehen. Denn auch die Hersteller haben längst die Zeichen der Zeit erkannt und, auch aufgrund einer wachsenden Nachfrage vor allem aus Frankreich und Dänemark, Hightech entwickelt.

Gleich mehrere Anbieter arbeiten inzwischen mit einer Kamerasteuerung für Hacken im Heckenbau, die über einen Verschieberahmen mit dem Trecker verbunden sind. Meist führt die Kamera über eine Braun-Grün-Farberkennung, über eine morphologische Erkennung oder Ultraschallsensorik die Hacke durch eine beidseitige, seitliche Verschiebemöglichkeit. Dabei sind Hersteller wie K.U.L.T., der aus der Arbeit des Ökotechnikpioniers Walter Kress hervorgegangen ist oder der süddeutsche Platzhirsch in Sachen Hacken, Schmotzer, oder Einböck, österreichische Ökotechnik. Hier kann der Technikfreak für 6-m-Geräte (angeboten werden meist auch 3 m und 9 m) Geld in Größenordnungen von 40.000 oder auch 50.000 Euro lassen. Individuelle Lösungen, Schlagkraft und Arbeitskomfort, „sich weder den Nacken zu verrenken noch zu ermüden“, wie z. B. Ferdinand Wahl, Schmotzer-Geschäftsführer, mit viel Engagement fürs Detail darstellte, sind gefragte Parameter.

„Ich fahre auch gern schnell“, konstatierte Bauer Reiner Bohnhorst schmunzelnd auf die immer wieder auftauchende Frage nach Höchstgeschwindigkeiten, „vor allem aber gucke ich genau hin.“ Seine Leidenschaft für die Sache ist eher ein Plädoyer für gutes Beobachten. In dem Zusammenhang stellte er auch gleich augenzwinkernd klar, dass er weniger schnell ermüdet als die von ihm genutzte Kamera, die bei trüben Wetterbedingungen, morgendlichem oder abendlichem Dämmerlicht dann doch eine Zusatzbeleuchtung brauche, um noch ordnungsgemäß Braun von Grün unterscheiden zu können.




Bohnhorst ist ein gutes Beispiel des technischen Sowohl-als-auch. Er nutzt die Kamerahacke wie auch die wesentlich einfachere und damit auch nur etwa halb so teure und weniger anfällige Hacke des Landtechnik-Tüftlers Treffler. Vorgestellt wurde sie von Jan Wittenberg, Bio-Ackerbauer aus der Hildesheimer Börde, der die trefflersche Philosophie, gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen möglichst günstige und simple Technikinnovation auf den Acker zu bringen, darstellte. Durch die einmalige Idee, Führungszinken den eigentlichen Hackkörpern voranzustellen und diese im besten Fall auch schon auf der Drillmaschine im definierten Abstand zum Säschar montiert zu haben, entsteht ein Systems des „Fahrens wie auf Schienen“, so die Erfahrungen der beiden Bauern. „Funktioniert einwandfrei“, so Bohnhorsts Beurteilung, „braucht aber ein ebenes Saatbett.“

Spaß an der Sache

Die Vielfalt der Maschinen repräsentiert auch die Vielfalt der Kulturen auf dem Acker, die sich im Ökolandbau entwickelt haben und im konventionellen Anbau auf Sicht wieder entwickeln müssen. Kammermann Markus Mücke berichtet von einer zunehmenden Offenheit auch bei Beraterkollegen. Mit Mitarbeitern aus den Pflanzenschutzabteilungen gibt es erste Versuchskooperationen, speziell bei Zuckerrüben ziehe das Argument, 70 % an Wirkstoffen einsparen zu können, wenn man (wieder, wie schon vor 30 Jahren) auf Bandspritze und Hacke zurückgreife – nun allerdings mit moderner Technik.

Auch die Wasserschutzkollegen seien an Zusammenarbeit interessiert. Und die Bauern? Mücke betreut Umstellungswillige in Niedersachsen, hat mehr Anfragen als je zuvor, auch von reinen Ackerbauern in Größenordnungen, die die Ökonomie nicht als ersten Umstellungsgrund erscheinen lassen. „Wenn ich sie frage, warum sie umstellen wollen, kommt als erste Antwort immer: ‚Wegen Meyer.‘“ Genauer formulierte es dann einer, der laut Mücke sagte, er traue sich gar nicht mehr mit der Spritze durchs Dorf zu fahren. Gesellschaftliche Ablehnung gepaart mit dem Gefühl, ackerbaulich weder besonders herausgefordert zu sein noch besonders nachhaltig zu arbeiten, sind eher negative Antriebsfedern für ein Umdenken. Moderne Hacktechnik kann dabei den Spaß an der Sache zurückbringen.

In Verbindung stehende News:

-  [Ackerbau „zukunftsstabil“](#) - 31-05-17 09:56
-  [Landwirtschaft ohne Glyphosat](#) - 04-04-17 10:07
-  [Weidehaltung muss erhalten bleiben](#) - 30-01-17 16:43

hib - heute im bundestag Nr. 361 – 7.6.2017

01. Neuordnung der Klärschlammverwertung

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit/Verordnung

Berlin: (hib/SCR) Der Bundestag soll erneut einen Beschluss über den Entwurf der Bundesregierung für eine Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung ([18/12495](#)) fassen. Grund dafür sind Änderungen an dem Entwurf, die der Bundesrat in seiner Sitzung am 12. Mai 2017 beschlossen hatte. Der Bundestag hatte dem ursprünglichen Entwurf am 9. März 2017 zugestimmt. Die Änderungen der Länderkammer dienen überwiegend der Klarstellung und Norm-Aktualisierung. In

einer Entschließung fordert der Bundesrat zudem von der Bundesregierung, sich für eine beschleunigte Zulassung von sekundären Phosphaten, die aus Klärschlämmen gewonnen werden, einzusetzen.

Ziel der Verordnung ist eine umfassende Neuregelung des Umganges mit Klärschlamm. Die bodenbezogene Verwertung der Klärschlämme in der Landwirtschaft soll reduziert werden. Stattdessen ist vorgesehen, aus den Klärschlämmen Phosphor für die Nutzung insbesondere in der Landwirtschaft zu gewinnen. Der Entwurf sieht für die Pflicht zur Phosphorrückgewinnung längere Übergangszeiten vor: Abwasserbehandlungsanlagen zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnerwerten (EW) haben 15 Jahre Zeit, die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen, Anlagen von mehr als 100.000 EW zwölf Jahre.

Die Rückgewinnung ist nur dann vorgesehen, wenn der Phosphorgehalt über 20 Gramm Phosphor je Kilogramm Klärschlamm-Trockenmasse liegt. Liegt der Wert darunter, ist mit den Schlämmen nach abfallrechtlichen Bestimmungen umzugehen. Ebenfalls obligatorisch ist eine Rückgewinnung, wenn die Schlämme in einer Klärschlammverbrennungsanlage einer thermischen Vorbehandlung unterzogen werden.

Ausgenommen von der Rückgewinnungspflicht und der damit verbundenen Beendigung der bodenbezogenen Klärschlammverwertung sind Anlagen unter 50.000 EW. Sie können weiterhin Schlämme zur Düngung abgeben. Die Novelle sieht zudem Neuregelungen im Bereich der bodenbezogenen Klärschlammverwertung vor. So werden unter anderem der Anwendungsbereich erweitert und Schadstoff-Grenzwerte an andere Vorgaben, zum Beispiel die Düngemittelverordnung, angepasst.

Zur Begründung führt die Bundesregierung an, dass durch die Phosphorrückgewinnung die Schadstoffeinträge durch die herkömmliche bodennahe Verwendung von Klärschlamm verringert werden können. Die Rückgewinnung von Phosphor sei darüber hinaus wichtig, da es sich nach Einschätzung der EU-Kommission um einen "kritischen Rohstoff" handle.

Kein großer Wurf

AGRARZEITUNGS- Journalist Horst Hermannsen kommentiert die absehbare Übernahme des Amts des DRV-Präsidenten durch den CDU-Agrarpolitiker Franz Josef Holzenkamp so: „Kein großer Wurf“

„Die Sache ist, wie beim Raiffeisenverband üblich, längst im Vorfeld entschieden. Ein weiterer Kandidat wird gar nicht erst aufgestellt. Nichts gegen die Person Holzenkamp. Aber diese Entscheidung ist kein großer Wurf. Wieder kommt ein parteipolitischer Strippenzieher in ein repräsentatives Amt, das schon in früheren Zeiten als Entsorgungsstelle für auslaufende Politiker galt. Wenn man diesen Posten

hat, dann bleibt er einem. Ein Vorteil gegenüber dem Abgeordnetenleben, das regelmäßig von lästigen Wahlen gestört wird. Zwar kandidiert der CDU-Mann aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für den Bundestag, doch seine Netzwerke bestehen weiterhin. Das mag von Vorteil sein, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der DRV auch als Lobbyverein agiert.

Ein wunder Punkt bei Holzenkamp ist freilich seine Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Agravis Raiffeisen AG. Damit tritt Holzenkamp also genau in die Fußstapfen seines Vorgängers Manfred Nüssel. Das CSU-Urgestein wurde 1999/2000 vom damaligen Baywa-Chef Wolfgang Deml zum ehrenamtlichen DRV-Präsidenten und Aufsichtsratsvorsitzenden der Baywa „gemacht“. Demls Erklärung gegenüber dem Chronisten war seiner Zeit verblüffend: „Nüssels politische Verbindungen sind für uns von Vorteil, unser Einfluss auf den DRV wird größer und als Aufsichtsrat stört er mich nicht“. An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert. Mit dem Amt des Aufsichtsrates geht allerdings die Neutralität und damit die Glaubwürdigkeit verloren.“ ...

US-Agrarbranche empört sich über Trumps Kürzungen

von Anke Fritz/agrarheute, am Montag, 29.05.2017 – mit Material von AgE

Die von US-Präsident [Donald Trump](#) geplanten, drastischen Ausgabenkürzungen im Agrarsektor stoßen auf einen immer stärkeren Widerstand im landwirtschaftlichen Berufsstand. ... Den größten Einschnitt soll es mit umgerechnet 33,8 Mrd Euro demzufolge bei der Förderung der Agrarbetriebe geben, worunter vor allem Bundeszuschüsse, Ernteversicherungen und Ausgleichszahlungen fallen. Betroffen davon wären auch Ernährungsprogramme für Frauen und Kinder, Förderprogramme für die ländliche Entwicklung sowie die Forstwirtschaft, die Lebensmittelsicherheit, die Forschung und der Naturschutz.

„Einsam unter Menschen“ – die mentalen Folgen des Stadtlebens

„Städter reagieren viel empfindlicher auf Stress als Menschen, die auf dem Land wohnen“ – so der Berliner Stressforscher Mazda Adli im SPIEGEL (19/2017) über sein Buch „Stress in the City – warum uns Städte krank machen“. Weil laut Untersuchungen Städter bei schwierigen Situationen mehr Stresshormon Cortisol ausschütten, treten bei ihnen Stressfolgekrankheiten (Depressionen, Angststörungen, Schizophrenie) deutlich häufiger auf. Hinzu kommt: „Wer als Kind in der Stadt aufgewachsen ist, trägt möglicherweise ein Leben lang Spuren davon in sich.“

Umso mehr gelte es, die Städte menschenfreundlicher zu machen und Stressfaktoren in der Stadt aufzuspüren – wobei Stress durch Lärm etc. „fast immer auch ein soziale Komponente hat“: vor allem Isolation und Angst vor dem sozialen Ausschluss oder Abstieg. Wer sich innerhalb vieler Menschen ausgeschlossen fühle, erlebe dies viel deutlicher als in kleinerem Rahmen. Lärm von Menschen, die man nicht kennt, wird als nerviger empfunden als Lärm von Bekannten.

Adli: „Die sozialen Ressourcen sind auf dem Land oft deutlich stärker. Wenn man alt ist oder krank oder irgendwie in Schwierigkeiten steckt, darf man in einer Dorfgemeinschaft auch heute noch auf Unterstützung hoffen – allerdings nur, wenn man wirklich dazugehört.“

In der Stadt, so Adli, muss ein Viertel oder eine Straße Menschen allen Alters zum Rausgehen und zum Begegnen einladen. Als Ergänzung zu bestehenden Vorteilen der Stadt bei Krankenversorgung, Bildungs- und Kulturangeboten. Und: „Ich halte es für sehr wichtig, diese Möglichkeit des Rückzugs zu haben, damit man sich dem Stadtstress nicht völlig ausgeliefert fühlt. Mein Buch habe ich vor allem auf dem Land geschrieben.“

Expedition ins Ex-Heimatsdorf

In einem Artikel „Provinz – wir hier – Ihr dort“ schildert SPIEGEL-Autor Hauke Goos eine „Expedition“ in sein früheres Heimatdorf (Albersdorf, Schleswig-Holstein): „Durch die Gesellschaft geht ein Riss, er trennt Stadt und Land, Gewinner und Verlierer. Das ländliche Deutschland, heißt es, fühlt sich abgehängt.“ Er kommt schließlich zu folgendem Schluss: „Stadt ist das Denken in Möglichkeitsformen... Land ist faktisch: Entweder man kann sich auf jemand verlassen oder eben nicht.“ „In der Stadt gucken sie zu, wenn´s brennt... Auf dem Land löschen sie – nicht aus Edelmüt, sondern weil es sonst keiner macht. Und weil einer, der nicht hilft, wenn Hilfe nötig ist, eine steinige Zukunft vor sich hat.“ In Albersdorf „könnte man alle Regeln, alle Staatsgewalt abschaffen – und kaum etwa würde sich ändern.“ „Wenn einer nur genügend Fantasie hat und die Ferne des Staates, des Städtischen, der Politik und überhaupt das Abgehängtsein nicht als Zumutung empfindet – sondern als Freiheit.“ Beeindruckend „eine große, an keinerlei Bedingungen geknüpfte Freundlichkeit“. „Das Wort, das meinen Söhnen einfällt, wenn sie Albersdorf beschreiben sollen: gemütlich.“

Ein Feuerwehranzug mit Namensschild „löst in mir ein leichtes Ziehen aus, eine Sehnsucht. Darum geht es doch: gebraucht zu werden. Einen Namen zu haben. Keiner Niemand zu sein, sondern jemand, den man kennt. Eine Bedeutung zu haben. Wer in der Stadt lebt, möchte von der Zumutung verschont werden, zum Gedeihen der Gemeinschaft beitragen zu müssen. Vielleicht ist das aber keine Zumutung, sondern ein Geschenk: etwas beitragen zu dürfen, weil man etwas beizutragen hat.“ „Ihr dort. Aber wir hier. Was ich lange als Enge empfand, wäre dann, unter Umständen, Wärme.“

Studien-Relaunch (erweiterte und aktualisierte Auflage):

Wir sind dann mal weg:

Die (un-)heimliche Artenerosion in Europas Agrarlandschaften

ZEIT und ORT

Freitag, den 7. Juli 2017 von 11 bis 14 Uhr

NABU (Bundesgeschäftsstelle), Charitéstraße 3, 10117 Berlin (Mitte)

INHALT

Die moderne Landwirtschaft provoziert eine unheimliche Artenerosion – und die Politik schaut weg. Dabei ist die Frage, ob die Erde vor einem massenhaften Aussterben von Tier- und Pflanzenarten steht, keineswegs absurd. Fünf Mal gab es das in der Erdgeschichte bisher. Droht nun die sechste Katastrophe? Doch anders als früher sind es keine natürlichen Faktoren, die den erwarteten Schub auslösen, sondern der Mensch wird für diesen Kollaps verantwortlich sein.

In fast allen Fällen, wenn es um Verluste von Lebensräumen, von Arten, vor allem von Artendichte und Individuenzahlen, um Artenerosion geht, hat die konventionelle Landwirtschaft etwas damit zu tun. „Moderne“ Techniken, Mäh- und Erntemethoden sowie vorgezogene Erntezeiträume, Pestizide und Stickstoffdünger nehmen keine Rücksicht auf die Natur. Die aktuelle Diskussion um ein Verbot der relativ neuen Pestizid-Stoffklasse der Neonikotinoide zeigt die Brisanz der Bedrohung: Lauert hier eine neue Katastrophe nach Art des DDT-Skandals?

In der Art der Landbewirtschaftung der Schlüssel für den Verlust unserer Vielfalt zu finden, hier aber auch kann die Menschheit ansetzen, um den dramatischen Trend umzukehren. Und dieser Trend ist viel heftiger, als von EU und Bund behauptet. Denn, und das beweisen die Recherchen des Autors, die Basisdaten sind geschönt.

Dem steht eine EU-Agrarpolitik gegenüber, die ernsthafte Antworten scheut. Denn was die europäische Agrarpolitik anbietet, hat mit dem Schutz der Natur wenig zu tun.

Wir möchten mit Ihnen und unseren Gästen über neue Erkenntnisse seit der Erstauflage der Studie im Januar 2016 und den Handlungsbedarf einer Trendwende für die Artenvielfalt in der deutschen und europäischen Agrar- und Umweltpolitik ins Gespräch kommen.

Ich freue mich auf Ihr Kommen, **Martin Häusling**

***** PROGRAMM*****

11 bis 12.30 Uhr

EINFÜHRUNG

Martin Häusling (MdEP) Die Grünen/EFA, agrarpolitischer Sprecher und Mitglied des Agrar- und Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

VORSTELLUNG neuer STUDIENINHALTE

„**Wir sind dann mal weg: Die (un-)heimliche Artenerosion**“

Stephan Börnecke, freier Journalist und Autor der Studie (im Auftrag von Martin Häusling)

STATEMENTS

Agrarpolitik und Biodiversitätsrückgang: Lösung oder Problem?"

Prof. Dr. Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz

Und sie bewegt sich doch? –Zivilgesellschaftliche Akteure als Treiber politischer Veränderungen in der Agrar- und Naturschutzpolitik

Christian Unsel, Vorsitzender der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe und Vizepräsident des NABU e.V.

12.30 bis 13.30 Uhr

DEBATTE

Trendwende für die Artenvielfalt: Scheitert sie, scheitert auch die Landwirtschaft
mit allen Referierenden

13.30 bis 14 Uhr

MITTAGSIMBISS (regional & bio)

Moderation der Veranstaltung: Klaus Henning Groth (freier Kommunikationsberater)

Anmeldung und weitere Informationen:

Büro Martin Häusling (MdEP) Berlin, Telefon 030/ 227 70020, berlin@martin-haeusling.eu

Europabüro

Martin Häusling, MdEP Mitglied des Europäischen Parlaments

Koordinator für die Grünen/EFA im Agrarausschuss (AGRI), Mitglied des Umweltausschuss (ENVI)

Kaiser-Friedrich-Ring 77 - 65185 Wiesbaden (9:00 - 15:00 Uhr)

tel. 0611 - 98920-30, fax -33, info(at)martin-haeusling.de, www.martin-haeusling.eu

www.facebook.com/martin.hausling / www.twitter.com/MartinHaeusling

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de